

fürten Kämpfe für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt. Über 10 500 Mitglieder der LDPD sind als Abgeordnete und Nachfolgekandidaten tätig; ihrer Volkskammerfraktion gehören 52 Abgeordnete an. Die LDPD ist im Staatsrat der DDR, im Präsidium der Volkskammer der DDR, im Ministerrat der DDR und seinem Präsidium, in den Räten der Bezirke, Kreise und Stadtbezirke sowie derjenigen Städte und Gemeinden vertreten, in denen sie Grundeinheiten hat. Mitglieder der LDPD wurden in Leitungen gesellschaftlicher Organisationen gewählt. Über 30 000 Mitglieder arbeiten in Ausschüssen, Arbeitsgruppen und Hausgemeinschaftsleitungen der Nationalen Front mit. Aufbau und Tätigkeit der Partei beruhen auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus. Sie ist in Wohngebiets- bzw. Ortsgruppen, Stadt-, Stadtbezirks-, Kreis- und Bezirksverbände gegliedert. Höchstes Organ ist der Parteitag, der die Richtlinien der Politik bestimmt und den Zentralvorstand wählt. Vorsitzender: Dr. M. Gerlach; Stellvertreter: H.-J. Heusinger, W.-P. Konzok, G. Lindner. Zentralorgan: »Der Morgen«. Bezirkszeitungen: »LDZ« (Halle), »Norddeutsche Zeitung« (Schwerin), »Sächsisches Tageblatt« (Leipzig), »Thüringische Landeszeitung« (Weimar). Funktionsorgan: »LDPD-Informationen«. Zentrale Parteischule: »Dr. Wilhelm Külz« in Bantikow, Kr. Kyritz. Höchste Auszeichnung: »Wilhelm-Külz-Ehrendek«.

Liberalismus: im Kampf gegen den —<■ *Feudalismus* und seine politischen Herrschaftsformen entstandene bürgerliche Bewegung sowie die ihr entsprechende Weltanschauung und politische Doktrin. Ideologisch beruhte der L. auf den aufklärerischen Thesen vom Naturrecht, vom Gesellschaftsvertrag und von der Gewaltenteilung, die das bürger-

liche Bestreben widerspiegeln, die Macht des absolutistischen Staates einzuschränken. Der gesellschaftliche Fortschritt im Klasseninteresse der entstehenden Bourgeoisie sollte dem L. zufolge durch die freie, vom feudalabsolutistischen Staat unbehinderte Entfaltung der Individuen gewährleistet werden. Vorrangig handelte es sich dabei um die Entwicklung und den Schutz des kapitalistischen Privateigentums, weiterhin um Freihandel und Gewerbefreiheit. Die dementsprechenden politischen Forderungen nach allgemeinem Wahlrecht, Presse-, Versammlungs- und Glaubensfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und einem konstitutionellen Staat blieben stets im Rahmen bürgerlichen Klasseninteresses. Gegenüber revolutionären Volksbewegungen verhielt sich der L. zumeist ablehnend. Seine antirevolutionäre Grundhaltung kam in dem Bestreben zum Ausdruck, die liberalen Ziele durch Kompromisse mit den alten, feudalen Klassenkräften zu erreichen. Während die Bourgeoisie in ihrer Mehrheit alle fortschrittlichen Grundsätze des L. verriet, wurde die Arbeiterbewegung zum konsequentesten Verfechter aller demokratischen Rechte und Freiheiten. Nach 1945 erlangte der L. in Gestalt des sog. Neo-L. neuen Einfluß. Die volle Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus wurde namentlich in der BRD mit neoliberalistischen Losungen von der »freien Marktwirtschaft« und der »freiheitlichen pluralistischen Demokratie« (—* *Pluralismus*) zu verschleiern versucht. Ideologisch wird der Neo-L. als »Weltanschauung der Mitte« angepriesen. Imperialistische Ideologen und Politiker sehen in ihm ein Instrument zur Leugnung der historischen Überlebtheit des Kapitalismus sowie zur Bekämpfung des Sozialismus. In der revolutionären Arbeiterbewegung wird der Begriff L. im übertragenen Sinne für Prinzipienlosigkeit, opportunistisches